



---

## Pressemitteilung

05.12.2007

### **CDU Arbeitnehmerflügel fordert sozial ausgewogene Dienstrechtsreform.**

**STUTTGART.** Anlässlich des Gewerkschaftstags des Beamtenbundes fordert der CDU Arbeitnehmerflügel eine leistungsgerechte und sozial ausgewogene Dienstrechtsreform „Das neue Dienstrecht in Baden- Württemberg sollte sich nicht am Bundesrecht oder am Tarifvertragsrecht orientieren, sondern eigene, praktikable Lösungen suchen, die den Verwaltungsaufwand gerade bei der leistungsgerechten Besoldung in Grenzen halten“, fordert der Landesvorsitzende der CDU Sozialausschüsse (CDA) Christian Bäumlner. Die CDA hat ihre Vorstellungen zur Entwicklung eines modernen Dienstrechtes in die CDU Baden-Württemberg eingebracht.

Im Besoldungssystem soll der höheren finanziellen Belastung in der individuellen Familienphase durch Zulagen Rechnung getragen werden. Eine höhere Eingangsbesoldung zu Lasten einer niedrigeren Besoldung in späteren Berufsjahren, lehnt der Chef der Südwest CDA Christian Bäumlner ab, „denn der Berufseinstieg hat keinen direkten zeitlichen Bezug zur Familienphase und den damit verbundenen höheren finanziellen Belastungen“.

Der Einführung einer besonderen Leistungszulage steht die CDA kritisch gegenüber. „Wir halten diese für nicht zielführend, da monetäre Leistungen nur bedingt motivationsfördernd sind und der Verwaltungsaufwand bei der Vergabe unverträglich hoch ist. Der Leistungsgedanke sollte allein über Beförderungen verwirklicht werden“. Die CDA setzt sich deshalb dafür ein, den für die Leistungszulage vorgesehenen Betrag in die Finanzierung zusätzlicher Beförderungsstellen einfließen zu lassen. Die Balungsraumzulage lehnt die CDU Arbeitnehmerorganisation als unpraktikabel ab.

Die Sozialausschüsse fordern weiter, dass Beamte, die 45 Dienstjahre erreicht haben, analog der Regelung in der gesetzlichen Rentenversicherung ohne Abschläge mit 65 Jahren in den Ruhestand gehen können. „Das Land muss ein klares Finanzierungskonzept für einen Pensionsfonds aufstellen, welches sicherstellt, dass das derzeitige Versorgungsniveau langfristig erhalten bleibt“, erklärt Bäumlner.

Die CDU Sozialausschüsse fordern, dass künftig ein Wechsel zwischen der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Dienst sowie umgekehrt ermöglicht werden muss. Hierzu müssen vom Landesgesetzgeber geeignete Vorschläge, insbesondere bezüglich der Mitnahme von Versorgungsansprüchen, erarbeitet werden.

Bei Rückfragen: 01785347269

[www.Christian-baeumlner.de](http://www.Christian-baeumlner.de)